

Landschaftspflegeverband hat neues Mitglied

Marktgemeinderat: Erhöhung der Beiträge für Kinderkrippen und neuer Friedwald

Altdorf. Die vergangene Sitzung des Marktgemeinderats war von unterschiedlichsten Themen geprägt, wie dem Beitritt zum Landschaftspflegeverband, einer neuen Bauleitplanung und baurechtliche Anfragen, einem Antrag der Eugenbacher Gemeinderäte für einen Friedwald, sowie der Kindergartenbedarfsplan 2019/2020 und die Elternbeiträge an den Kinderkrippen.

Eingangs der Sitzung stellten der Geschäftsführer des Landschaftspflegeverbandes Landshut, Tobias Lerner und sein Stellvertreter Helmut Naneder die Arbeit des Verbandes vor, die auf einer sogenannten Drittelparität auf freiwilliger Basis und regional verankert mit dem Naturschutz, den Kommunen und der Landwirtschaft aufgebaut ist. Nach einer Diskussion um den Nutzen für die Gemeinde und ihre Bürger in Relation zu den Kosten, entschied sich schließlich der Marktrat einstimmig für einen Beitritt zum Landschaftspflegeverband.



Das Luftbild zeigt rot markiert die Lage des geplanten Friedwalds bei der Kirche St. Georg.

Schwierige Suche nach Personal für Betreuung

Zunächst stellte Birgid Schenk den Kindergartenbedarfsplan 2019/2020 vor. Daraus war ersichtlich, dass die empfohlene Deckungsquote im Kindergartenbereich von 100 Prozent theoretisch mit 352 angebotenen Plätzen auf die im Gemeindebereich gemeldeten 370 Kinder nicht gewährleistet werden kann. Aber es sind noch freie Kindergartenplätze vorhanden, die jedoch aufgrund der jeweiligen Personalsituation nicht besetzt werden können – die Kindergärten finden kein geeignetes Personal zur Betreuung der Kinder.

Schon in früheren Sitzungen des Marktgemeinderats wurde dargelegt, dass aufgrund stetig steigender Betriebskosten für die Kindertageseinrichtungen, vor allem infolge des Anstiegs der Personalkosten, eine Erhöhung der Elternbeiträge in allen Einrichtungen erforderlich ist.

Die für die Kindergärten wurden bereits angepasst, aber jene für die Kinderkrippen bestehen noch seit dem Jahr 2016. Diese Beiträge liegen derzeit immer noch erheblich unter den vergleichbaren Einrichtungen in Stadt und Landkreis Landshut.

Nun müsse aber gehandelt werden und nach Absprache mit den Trägern soll diese Anpassung in zwei Schritten erfolgen, um die Anpassung für die Eltern moderater zu gestalten. Zum 1. Januar soll demnach der Elternbeitrag in allen Buchungszeitkategorien um jeweils 15 Euro steigen. Zum 1. September erfolgt eine weitere Anhebung, deren Höhe von den Finanzplanungen 2020 für die drei Einrichtungen abhängt. Diesem Vorschlag stimmte das Gremium bei drei Gegenstimmen zu.

Ein Antrag der im Marktgemeinderat vertretenen Eugenbacher

Räte zielte auf Errichtung eines Friedwalds oder Naturfriedhofs zur würdevollen Urnenbestattung nahe dem Friedhof dieses Ortsteils. Schon im Vorfeld ergaben sich Gespräche zwischen Bürgermeister Helmut Maier und den Eugenbacher Gemeinderäten und man fand vor Ort eine Lösung für einen geeigneten Standort. So fiel die widerspruchslose Entscheidung diesen neben dem bestehenden Friedhof einzurichten.

Notwendigkeit für mehr Wohnraum

Die Stadtplanerin Marion Linke vom Büro Linke und Kerling stellte anschließend einen Entwurf für die Bauleitplanung „Querstraße“ vor und erklärte diverse Details. Neben einem dort vorhandenen Bestandsgebäude mit zwei Wohneinheiten sollen laut Planung weitere 45 Ein-

heiten entstehen. Nach zahlreichen Rückfragen, wobei aber stets betont wurde, dass die Notwendigkeit zu mehr Wohnraum klar auf der Hand liegt, beschloss das Gremium mit vier Gegenstimmen mit dem Entwurf in die Auslegung zu gehen.

Einen Antrag auf Errichtung einer eigenen Zufahrt zu den Grundstücken Opalstraße 46 und 48 lehnte das Gremium ab, zumal weitere Zufahrten den vorhandenen Geh- und Radweg vermehrt kreuzen würden und sich somit die Unfallgefahr erhöhen würde.

Unter anderem wurde schließlich der Marktrat darüber informiert, dass das Bergbaurecht für die geothermale Nutzung bis 31. Oktober 2024 verlängert wurde. Außerdem wird die Marktgemeinde generell im Rathaus auf Umweltschutzpapier umstellen. Mit den Schulen sollen zu diesem Thema ebenfalls noch Gespräche geführt werden.